

Fachausschuss Alter und Pflege

–nis– Der Fachausschuss Alter und Pflege kam im Jahr 2022 unter dem Vorsitz von Brigitte Döcker, Vorstandsvorsitzende des AWO Bundesverbandes e.V., sowohl digital als auch nach einer langen Pause erstmals wieder in Präsenz zusammen. Im Themenbereich „Pflege“ wurden unter anderem Aspekte des Personalbedarfs und der Qualifikation, der Digitalisierung und Sicherheit vorgestellt und diskutiert sowie Schnittstellen zur Eingliederungshilfe thematisiert. Im Themenbereich „Alter“ stand insbesondere die Ausgestaltung der kommunalen Altenarbeit im Fokus, hier wurden Beispiele aus der kommunalen Praxis vorgestellt und diskutiert.

Den Auftakt in das Sitzungsjahr 2022 des Fachausschusses machte der Vortrag von Dr. Martin Schölkopf, Leiter der Abteilung 4 – Pflegeversicherung und -stärkung – im Bundesministerium für Gesundheit, mit einem Überblick über jene Themen, die das BMG im Zusammenhang mit Pflege in der 20. Legislaturperiode beschäftigen. Ein zentrales Querschnittsthema war im Januar 2022 die Pandemieentwicklung und Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Darüber hinaus sei die Umsetzung der im Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) beschlossenen Regelungen ein zentrales Thema im BMG. Dazu gehört die bundeseinheitliche Personalbemessung (PeBem) in der stationären Pflege. Dabei verwies Dr. Schölkopf auf das im GVWG verankerte Modellprogramm, welches der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-SV) in 2022 startete.

Anknüpfend an das Thema Pflegepersonal stellten Prof. Dr. Thomas Klie (Institutsleiter AGP¹ Sozialforschung Freiburg) und Prof. Dr. Michael Isfort (Stell-

vertretender Vorstandsvorsitzender des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung e.V. [dip]) die Studie „Monitoring Pflegepersonalbedarf Bayern 2021“, die im Auftrag der Vereinigung der Pflegenden in Bayern erstellt wurde, zur Personalsituation im Freistaat vor. Gerade eine regionale Betrachtungsweise auf den Arbeitsmarkt Pflege sei wichtig, um Einflussfaktoren vor Ort in der Debatte um die Bekämpfung des Fachkräftemangels zu berücksichtigen. Betrachtet wurden z.B. die regionale Verteilung stationärer Einrichtungen im Hinblick auf Erreichbarkeit oder die regionalen Unterschiede der demografischen Entwicklung. Kennzahlen zur regionalen Versorgungssituation können auf diese Weise mit denen zur demografischen Entwicklung ins Verhältnis gesetzt und damit ebenfalls spezifische Prognosen für bestimmte Regionen getroffen werden.

Ausgehend von einem Impulsvortrag von Claus Bölicke (AWO Bundesverband e.V.) und Thorsten Mittag (Paritätischer Gesamtverband) fand ein Austausch zur Umsetzung der Personalbemessung nach § 113c SGB XI statt. Grundsätzlich wird die Einführung des Personalbemessungsinstrumentes begrüßt, wobei von Seiten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW) für die Streichung bzw. Änderung des § 113c Abs. 7 SGB XI plädiert wird. Der Umsetzung des Personalbemessungsinstrumentes müsse allerdings eine Finanzreform vorausgehen. Darüber hinaus wurden Impulse in den weiteren Bereichen gesetzt und diskutiert: der Bedarf bei Assistenzkräften nach Landesrecht auf Ebene des Qualifikationsniveaus 3, die Notwendigkeit zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes u.a. durch Aufstiegschan-

cen mittels Spezialisierung und die Harmonisierung der länderindividuellen ordnungsrechtlichen Regelungen mit dem Personalbemessungsinstrument.

Auf Basis des DEVAP-Impulspapiers, welches Anna Leonhardi (Geschäftsführerin Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. [DEVAP]) und Sonja Schneider-Koch (DEVAP Fachausschuss Ambulante pflegerische Dienste) in einer weiteren Sitzung des Fachausschusses vorstellten, wurde das Thema „Aufgabenteilung und Qualifikation in der Pflege“ vertieft. In der Diskussion wurde herausgestellt, dass vor allem Assistenzkräfte fehlen und hier eine bundeseinheitliche Regelung wünschenswert wäre. Betont wurde außerdem, dass es nicht nur um eine Steigerung der Quantität, sondern auch der Qualität gehen müsse. Diese würde dann auch zu einer Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes führen.

In der März-Sitzung wurden die Empfehlungen zur Schnittstelle Eingliederungshilfe und Pflege beraten und durch den Fachausschuss Alter und Pflege verabschiedet. Im Mai wurden diese ebenfalls vom Präsidium des Deutschen Vereins verabschiedet. Mit den Empfehlungen zeigt der Deutsche Verein die bestehenden Probleme auf, die an der Schnittstelle auftreten können, und gibt der Praxis gleichzeitig Hinweise zur Kooperation und zum Verfahren an die Hand, um im Sinne der Leistungsberechtigten umfassende Bedarfsdeckung und gleichzeitig möglichst streitfreie Leistungsbewilligung zu erreichen.

Als Preisträgerin des Cäcilia-Schwarz-Förderpreises stellte Frau Dr. Cordula Endter (Hochschule Zittau/Görlitz) ihre Forschungsarbeit zum Thema Digita-

¹ AGP steht für Arbeitsschwerpunkt Gerontologie und Pflege.

lisierung in der Pflege vor. Dabei ging sie insbesondere auf die notwendigen Voraussetzungen einer alters- und bedarfsgerechten Gestaltung von Digitalisierung im Kontext von Alter und Pflege ein. Sie verwies vor allem auf die Notwendigkeit einer marktunabhängigen Technikentwicklung, auf die Ausrichtung an Interessen und Wohl der Nutzer und Nutzerinnen, auf ein weiterhin zu erhaltendes Nebeneinander analoger und digitaler Angebote sowie eine sozialgerechte Gestaltung der Entwicklung, um eine weitere Verschärfung sozialer und digitaler Ungleichheit zu vermeiden.

In der Sommersitzung des Fachausschusses wurde als aktuelles Thema der Hitzeschutz für ältere Menschen und Pflegebedürftige aufgegriffen. Jelka Wickham vom Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG) e.V. stellte die Elemente von Hitzeaktionsplänen vor: 1. Risikokommunikation, 2. Schutz vulnerabler Gruppen bei Akutereignissen und 3. Planung und Entwicklung langfristiger Maßnahmen zur Hitzeresilienz. In der anschließenden Diskussion ging es u.a. um die Frage einer angemessenen Raumtemperatur für den stationären Bereich und der Rolle der Wohnungswirtschaft und der Heimaufsicht. Die Notwendigkeit präventiver Klimaschutzmaßnahmen, vor allem durch den Bund, wird abschließend betont. Prof. Dr. Michael Ewers (Charité – Universitätsmedizin Berlin) berichtete im Anschluss über das For-

schungsprojekt „Aufrechterhaltung ambulanter Pflegestrukturen in Krisen und Katastrophenfällen: Sicherheit und Pflege“.

Im Themenschwerpunkt „Alter“ stellte Jutta Stratmann (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, BAGSO) die „Vergleichende Untersuchung zur kommunalen Altenarbeit“ im Fachausschuss vor. Zentrale Fragestellung der Studie war: Welche finanziellen Mittel werden für den Bereich der Altenarbeit (außerhalb der Pflege und des Gesundheitsbereiches) durch die Kommunen eingesetzt? Im Ergebnis zeigt sich, dass Kommunen sehr unterschiedlich agieren und die eingesetzten Mittel pro Person zwischen 0 € (1 Kommune) und 34,30 € eine große Spannweite aufweisen. Bemängelt wird, dass die Altenhilfe zwar in vielerlei Hinsicht gefördert würde, aber keine verpflichtende Grundlage habe. Notwendige Strukturen einer präventiven Altenarbeit könnten deshalb nicht umgesetzt werden.

Wie mit Quartierzentren die Teilhabe gefördert und Prävention, Gesundheitsförderung und Versorgung im Sozialraum ausgebaut werden kann, berichtete Dagmar Vogt-Janssen (stellv. Vorsitzende des Fachausschusses und Leiterin des Fachbereichs Senioren der Landeshauptstadt Hannover). Ziel sei es, sektorenverbindende Versorgungsstrukturen zu schaffen, um insbesondere auch Menschen, die in der Nach-

barschaft in der Häuslichkeit leben, versorgen zu können. Von besonderer Bedeutung für die Quartiersentwicklung seien Begegnungsangebote, weil sie sich positiv auf die Gesundheit auswirken und gegen Einsamkeit wirken.

Auch die Vorstellung des Modellvorhabens Präventive Hausbesuche in Berlin durch Dr. Anja Ludwig und Stefanie Emmert-Olschar (beide Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, SenWGP) zeigt, wie präventive Altenarbeit gelingen kann. Als präventives Angebot übernimmt der sogenannte Berliner Hausbesuch eine Lotsen- und Brückenfunktion zur Berliner Angebotslandschaft mit dem Ziel, frühzeitig Teilhabe und Gesundheitsförderung zu ermöglichen. Er informiert ältere Menschen frühzeitig und vorsorgend über vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Von den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Deutschen Vereins haben außer den vollständig genannten zu dieser Ausgabe beigetragen:

-nis- = Nina Schwarz
-rm- = Ralf Mulot